

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Bestellung des Monats für Groß-Berlin 1,50 M. für den Rest des Reichs 2 M. ...

Interessieren Sie sich für die sozialistische Bewegung? Dann abonnieren Sie die „Freiheit“. Das Jahrgeld beträgt 24 M. ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Alliierten und Deutschland.

Koalition oder sozialistische Regierung?

Die San-Remoer Konferenz.

H. N. Paris, 20. April.

Wie „Journal“ aus San Remo meldet, sollen die Teilnehmer an der Konferenz sich im Prinzip über die Notwendigkeit geeinigt haben, Deutschland zur Ausführung der Friedensbedingungen zu zwingen. Nur besteht noch eine Meinungsverschiedenheit über die hierbei anzuwendenden Mittel.

Lloyd George ist dafür, wenn möglich, die Blockade wieder einzuführen, während Frankreich sich mit Rücksicht auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands dagegen erklärt. Von anderer Seite wiederum verkündet, daß die Geschäftsträger der Entente in Berlin bereits im Besitz ihrer Regierungsaufträge seien, und daß man sich über die Mittel Deutschlands abgebenfalls zur Durchföhrung der Bedingungen zu zwingen, ebenfalls geeinigt habe.

Die militärische Abrüstung.

H. N. London, 21. April.

„Westminster Gazette“ meldet aus San Remo: Die neue Frage, nämlich die Haltung der Entente zu Deutschland, überragt fast alle anderen. Es scheint, daß Frankreich und England sich geeinigt haben.

Millerand hofft nach seiner Rückkehr aus San Remo eine Beschränkung der Militärdienstzeit auf 18 Monate vornehmen zu können. Dadurch wird das französische Heer auf 300 000 Mann zurückgeführt. Die übrigen 300 000, die gegebenenfalls unter die Fahne berufen werden, sollen dann aus Schwarzen bestehen. Der Bericht geht dann weiter: Auch in Deutschland muß es zu einer wirklichen Abrüstung kommen. Die bolschewistische Gefahr ist sehr übertrieben worden.

Was die türkische Frage betrifft, so werden keinerlei Vorschläge gemacht werden, die Grund zu Meinungsverschiedenheiten geben könnten. Die Türkei wird auf ein sehr kleines Gebiet beschränkt werden, da Syrien, Palästina, Arabien, Armenien, Mesopotamien, Thrakien und Smyrna vom Reiche getrennt werden. Hinter Adana wird eine französische, hinter Adalia eine italienische Zone vorgesehn. Der Sultan bleibt in Konstantinopel, aber die Stadt und die Meerenge werden internationalisiert und das ganze übrige Reich unter alliierter Kontrolle gestellt.

Aufhebung der russischen Revolutionsgerichtshöfe

Stockholm, 20. April.

Nach einer finnischen Meldung werden durch Dekret des Zentralregierungskomitees der russischen Sowjets die außerordentlichen Revolutionsgerichtshöfe aufgehoben.

Die finnisch-russischen Waffenstillstandsbedingungen.

H. N. Stockholm, 20. April.

Die zwischen Finnland und der Moskauer Regierung vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen enthalten folgende Punkte: 1. Eine neutrale Zone entlang der Eisenbahnlinie Ruuska-Nyanderawoost-Kandalak. Das Gebiet vom Onegasee bis zur Neva muß von den Roten Truppen geräumt werden. 2. Es darf kein Kriegsschiff aus Helsinki heraustragen. 3. Die Waffenruhe gilt drei Wochen, kann aber automatisch verlängert werden. 4. Ein gemischter Ausschuß beider Länder überwacht die Ausführung. Die Verhandlungen finden in deutscher Sprache statt.

Die britische Arbeitermission für Rußland.

London, 20. April.

Die Mission, welche die britische Arbeiterbewegung nach Rußland entsendet, wird voraussichtlich aus Henderson, Ramsay MacDonald, Snowden für die Arbeiter, Pante und Stuart Banning, Thorne, Skinner und Bondfield für die Trade Unions bestehen. Die Abreise ist für den 24. April festgesetzt worden.

Die Wahlen in der Tschecho-Slowakei.

Prag, 19. April.

Bis zum Abend waren in 148 Wahlkreisen, in denen 220 Wahlberechtigte zu wählen sind, 153 Abgeordnete gewählt. 67 Mandate blieben unbesetzt. Es ergaben sich von den deutschen Parteien die Christlich-Sozialen 4, der Bund der Landwirte 6, Sozialdemokraten 23, deutsch-demokratische Freiheitspartei 9 und die deutsche Wahlgemeinschaft 4, insgesamt

43 Stimmen. Von den tschechischen Parteien erhielten die Nationaldemokraten 12, Nationalsozialdemokraten 17, Sozialdemokraten 44, Agrarier 21, Gewerbetreibende 1, Volkspartei 14 und Radical-Partei 1, insgesamt 110 Mandate.

Oberschlesische Streitfragen.

Leipzig, 19. April.

In einer Besprechung zwischen General Le Rond und den Vertretern sämtlicher Parteien erklärte der General, daß die Einführung des Betriebsrätegesetzes in Oberschlesien nunmehr von der Entente-Kommission beschlossen worden sei, während die Wahlen zum Reichstage vom Hohen Rat in Paris abgelehnt wären. Über die weitere parlamentarische Tätigkeit der augenblicklichen Parlamentarier äußerte sich der General dahin, daß diese Frage von der deutschen Regierung beim Hohen Rat in Paris zu regeln wäre. Es wurde darauf hingewiesen, daß dann das ober-schlesische Volk ohne parlamentarische Vertretung sein würde. Der General versprach, sich von den Parteivorständen weiter beraten zu lassen. Zum Schluß wurde die Beamtensfrage besprochen. Der General verspricht dem Ständekund, daß die Beschlüsse der Kommission zu folgen hätten, und mißbilligte den Justizbeamtentritt.

Die Forderungen der Beamten und Arbeiter.

Oppeln, 19. April.

Die Beamten und Arbeiter stellen die neue Forderung auf, daß von der Einführung des Pauszwanges in Oberschlesien abgesehen werde, um einer Abschnürung vom Deutschen Reich vorzubeugen.

In den gestrigen ober-schlesischen Protestversammlungen der gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter und Beamten forderten die Redner Beteiligung an den Wahlen zum Reichstage und Landtag und der Wahl des Präsidenten sowie die Einführung des Betriebsrätegesetzes.

Unabhängiger Wahlleg in Ludwigshafen.

L. u. Ludwigshafen, 20. April.

Von 40 neu zu wählenden Stadträten fielen bei der vorgestrigen Wahl auf die Demokratische Partei 4, die Unabhängigen 12, (bisher im Stadtrat nicht vertreten), die Deutsche Volkspartei 5, das Zentrum 7 und die Sozialdemokratische Partei 12.

In der Kreisbauernschaft Speyer wurden 9 Reichstagssozialisten, 9 Zentrumskandidaten, 5 Unabhängige, 4 Demokraten und 4 Deutsche Volksparteiler gewählt. In Pirmasens haben die Unabhängigen partei-Wahlfolge errungen.

Betriebsratwahlen im Ruhrgebiet.

Einer Drahtmeldung der „Vossischen Zig.“ zufolge, sind im Gelsenkirchener Bezirk die Betriebsratwahlen auf allen Hochen durchgeführt. Ihr Ergebnis zeigt ein starkes Anwachsen der äußersten Linken. Daraus ergaben sich die linksradikalen Unionisten die Mehrheit der Stimmen und Sitze, auf Kosten des alten Bergarbeiterverbandes, der seine überragende Stellung immer mehr einbüßt. Die christlichen Gewerkschaften haben ihr bisheriges Kräfteverhältnis ungeändert bewahrt. Im Gelsenkirchener Bezirk erhielten die „Union“ 60, der Christliche Gewerkschaftsbund 22 und der alte Verband 72 Sitze.

Der Ausfall der Betriebsratwahlen im Gelsenkirchener Bezirk ist ein Symptom der letzten Kämpfe im Ruhrgebiet. Der alte Bergarbeiterverband ist sicher durch seine unentschiedene Haltung in der Frage der Sozialisierung der Bergwerke, durch seine eingeschränkte Unterstützung der Politik Eben-Dauer-Roske viel mitschuldig an dem Mißtrauen, das viele Bergarbeiterkreise, und nicht die schlechtesten, in die Kräfte der Arbeiter-Union gedrängt hat. Aber in den hinter uns liegenden Kämpfen der März- und Apriltage erlangte dem Bergarbeiterverband die unabsehbare Aufgabe, die Arbeiterkraft im weiteren Vorkommnisse aufzuklären, um größere Mutmaßungen, denen kein entsprechender Widerstand gegenüber gestanden hätte, abzuwehren.

Wegen immerhin Gründe zur Kritik gegen den alten Bergarbeiterverband vorliegen, so darf das kein Anlaß sein, ihm den Rücken zu kehren. Es ist Pflicht jedes Gewerkschaftsmitgliedes, die Einheit der Organisationen zu wahren und innerhalb der Verbände auf deren Stabilisierung hinzuwirken. Der Politik der Arbeiter-Union stehen wir grundsätzlich ablehnend gegenüber, da sie von anarchistischen und sozialistischen Tendenzen geleitet wird. Revolutionäre Disziplin ist auch hier höchstes Gebot für jeden einzelnen.

R. B. Daß Rapp und Lüttich nur möglich waren, weil Roske und der Koselische Geist die Regierung Bauer beherrschte; magt nachgerade kein Angehöriger der rechtssozialistischen Partei mehr öffentlich in Worte zu fassen. Man sucht sich nur noch mit dem Hinweis auf die angeblichen Büttschritten vor links zu salbieren und erklärt, Roske sei seinerseits eben nur möglich gewesen, weil linksradikale Elemente fortgesetzt den gewaltsamen Umsturz der Republik und ihrer Verfassung betrieben hätten. Das sind natürlich Nöhren, denn die Büttschritte der Kommunisten existierten meist nur in der Phantasie der Regierungspöbel und selbst wenn es einmal ernsthaft nötig gewesen sein sollte, vor gegenrevolutionären Erhebungen der Arbeiterkraft auf der Hut zu sein, so hätte das noch nicht im allergeringsten die verbrecherische Verantwortlichkeit gerechtfertigt, mit der man die Reaktion ihr unternehmen vorbereiten ließ. Aber die Schwerverlasteten müssen ja schließlich eine Ausrede erfinden, um vor den Massen, deren Freundschaft sie jetzt vor den Wahlen doppelt bedürfen, nicht gar zu nackt und bloß dazustehen.

Es bleibt dabei: Roske und sein System tragen die politische Verantwortung für das, was geschehen ist, und erst wenn die Rechtssozialisten nicht nur in Wahlreden, sondern durch politische Taten den Beweis erbracht haben, daß sie gründlich und endgültig dem Koselischen Antisozialismus abtun, können sie wieder mit einigermaßen sauberer Weste vor der Arbeiterkraft erscheinen.

Freilich werden wir nie vergessen dürfen, daß es nicht nur die absichtliche Blindheit des Reichswehrministers gewesen ist, die den meuternden Offizieren und den nach der Wiederherstellung ihrer Macht lüftelnden Junkern einen wenn auch nur vorübergehenden Erfolg verschaffte. Die Regierung hat nicht nur auf militärischem Gebiet Fiasco gemacht, sie hat überhaupt versagt, weil ihr jedes Ziel und jede Linie fehlte. Ihre Freunde beschränkten sich eigentlich nur auf den Kreis ihrer Mitlieder. Von dem Proletariat so gut wie von den Reaktionären wurde sie gehaßt und verachtet, und selbst für die Mehrheitsparteien war sie im besten Fall eine Verlegenheit. Sie schwankte zwischen links und rechts, stürzte gedanken- und programmlos von einer Krise in die andere, und konnte bei niemandem das Gefühl der Sicherheit oder gar der Befriedigung erwecken. Wäre der Vorstoß der Koppisten politisch nicht gar so mangelhaft eingeleitet und durchgeführt worden, so würde er unter diesen Umständen höchstwahrscheinlich nicht ganz so nützlich zusammengebrochen sein. Die allgemeine Unzufriedenheit hätte ihm einen Triumph sichern können.

Zu unserer Genugtuung können wir feststellen, daß diese unsere Auffassung über die Gründe der unzureichenden Widerstandsfähigkeit der Regierung Bauer, von einem Manne geteilt wird, mit dem wir uns sonst sehr selten in Übereinstimmung befinden. August Müller, der frühere rechtssozialistische Staatssekretär, schreibt in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“: „Lezten Endes wurzelt auch die Staatskriseaffäre in der bisherigen geistigen Unfruchtbarkeit der Koalition, die Geburtshelferin einer neuen Zeit sein soll, aber bis jetzt nichts zuwege gebracht hat, als Angakgeburt eines fatalen parlamentarischen Sozialismus, der, je länger, je mehr, die soziale Demokratie bei uns in Miskredit zu bringen geeignet ist.“

In der Tat: Die Unfähigkeit der Koalitionsregierung Bauer hat den Boden vorbereitet, auf dem die Reaktion zu ernten hoffen durfte. Aber es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß die Nachteile der verflochtenen Koalition durch die Neubesezung einiger Ministerposten mit vielleicht etwas weiter linksstehenden Sozialdemokraten beseitigt werden sei. Die Koalition Müller ist nicht besser als die Koalition Bauer. Sie ist genau wie ihre Vorgängerin zur politischen Unfruchtbarkeit verurteilt. Sie kann ebensowenig wie diese einen großen Zug oder eine mitreißende Idee aufweisen. Sie kann nur fortwurseln, sich durch die Einnäherigkeiten hindurchhängeln und, von der Hand in den Mund lebend, vielleicht den Anforderungen des einzelnen Landes nothdürftig genügen. Die Koalitionsregierungen sind nie instande, Geburtshelferinnen einer neuen Zeit zu sein. Sie sind Rotbäckerei, zu denen man greifen mag, wenn es um den Augenblick geht, den Fehlen einer starken und die Situation beherrschenden Partei, die Geschäfte weiterzuführen, Etwas Neues und Etwas Großes herbeizuführen, nicht zu können.

Die Wichtigkeit mit Kauf des auf die Ausfertigung folgender...

Bericht der Tagesblätter: Diese Wohnung kann nicht auf...

Die Deutsche Arbeitervereinsgruppe (Ortsgruppe Berlin)...

Die Charlottenburger städtische Gewerbeschule hat neuerdings...

Staatsminister in Kurland. Die für heute, Dienstag, in...

Die diesjährige öffentliche Impfung findet in...

Was den Organisationen.

2. Dittich. Sitzung 1. und 2. Abteilung. Morgen, Mitt...

4. Dittich. Donnerstag 6 Uhr Vorkonferenz der Agitations...

11. Dittich. Sonntag, 16 Uhr, Schlußabend des Kurs...

12. Dittich. Mittwoch, 21. April, abends 7 Uhr, bei Hoffmann...

13. Dittich. Donnerstag abends 7 Uhr Mitgliederversammlung...

14. Dittich. Freitag, 22. April, abends 7 Uhr, bei Hoffmann...

15. Dittich. Samstag, 23. April, abends 7 Uhr, bei Hoffmann...

16. Dittich. Sonntag, 24. April, abends 7 Uhr, bei Hoffmann...

17. Dittich. Montag, 25. April, abends 7 Uhr, bei Hoffmann...

18. Dittich. Dienstag, 26. April, abends 7 Uhr, bei Hoffmann...

19. Dittich. Mittwoch, 27. April, abends 7 Uhr, bei Hoffmann...

ber II. Schula, die Wohnung (Königsplatz) Mitglieder der Bildung...

Bereinstellender.

Deutscher Buchhändler-Verband. Zugespapierbrände und photo...

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Brände: Gewerbl...

Arbeiter-Studenten-Bund „Solidarität“. Ortsgruppe Berlin...

Arbeiter-Studenten-Bund „Solidarität“. Ortsgruppe Berlin...

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Dielepp, Neukölln...

Prozesse, Alexanderstr. 45.

Botenfrauen stellt sofort ein Expedition Tempelhof, Werderstraße 31.

Nicht in 6-8 Wochen sondern in 3-5 Tagen werden sämtl. Militär- u. Zivil...

Den allergrößten Erfolg haben die kleinen Anzeigen in der Abendausgabe der Freiheit

Kupfer Messing Zinn Sämtl. Metalle Quecksilber Platin Gold, Silber, Abfälle...

FREIE WELT ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT DER USPD DIE SPANNENDSTE UND BESTE ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT EXPEDITION BREITESTR. 8-9

Wasser in jed. Garten u. Haus... Altmetalle... Metall-Einkauf-Zentrale...

Rheumatismus, Jschias, Gicht, Nervenschmerzen... Knebel, Eisenstange...

KLEINE ANZEIGEN Das Uberschriftswort 115 M., jedes weitere Wort im Text 55 Pf.; hierauf 30%, Zuschlag: Stellengesuche ohne Zuschlag

Verkaufe Gewandverleiher Deutsch...

Jacketanzüge, Cut-wagen, Paläste, Rosen...

Chaiselongues, englische...

Kupferleitungen, Lizen...

Felle, Kaninchen, Hasen...

Spiralbohrer, Holzschra...

Elektro-Materialien, Draht...

Erfinder, Patentbureau...

Nöbel Gardinen, Gardinen...

Chaiselongues, 120.- bis...

Goldbruch und Silber...

Kupferdrähte, Kabel...

Werkzeuge und Maschinen...

Spiralbohrer, Holzschra...

Spiralbohrer, Holzschra...

Fahrräder, Damenrad...

Verkaufe Großer Verkauf allerhand...

Chaiselongues, 120.- bis...

Goldbruch und Silber...

Kupferdrähte, Kabel...

Werkzeuge und Maschinen...

Spiralbohrer, Holzschra...

Spiralbohrer, Holzschra...

Unterricht Richtige deutsch...

Verkaufe Großer Verkauf allerhand...

Chaiselongues, 120.- bis...

Goldbruch und Silber...

Kupferdrähte, Kabel...

Werkzeuge und Maschinen...

Spiralbohrer, Holzschra...

Spiralbohrer, Holzschra...

Tiermarkt Schäferhunde, Doh...

Verkaufe Großer Verkauf allerhand...

Chaiselongues, 120.- bis...

Goldbruch und Silber...

Kupferdrähte, Kabel...

Werkzeuge und Maschinen...

Spiralbohrer, Holzschra...

Spiralbohrer, Holzschra...

Naher Bahnhof Hohenhausen, Lehmann...